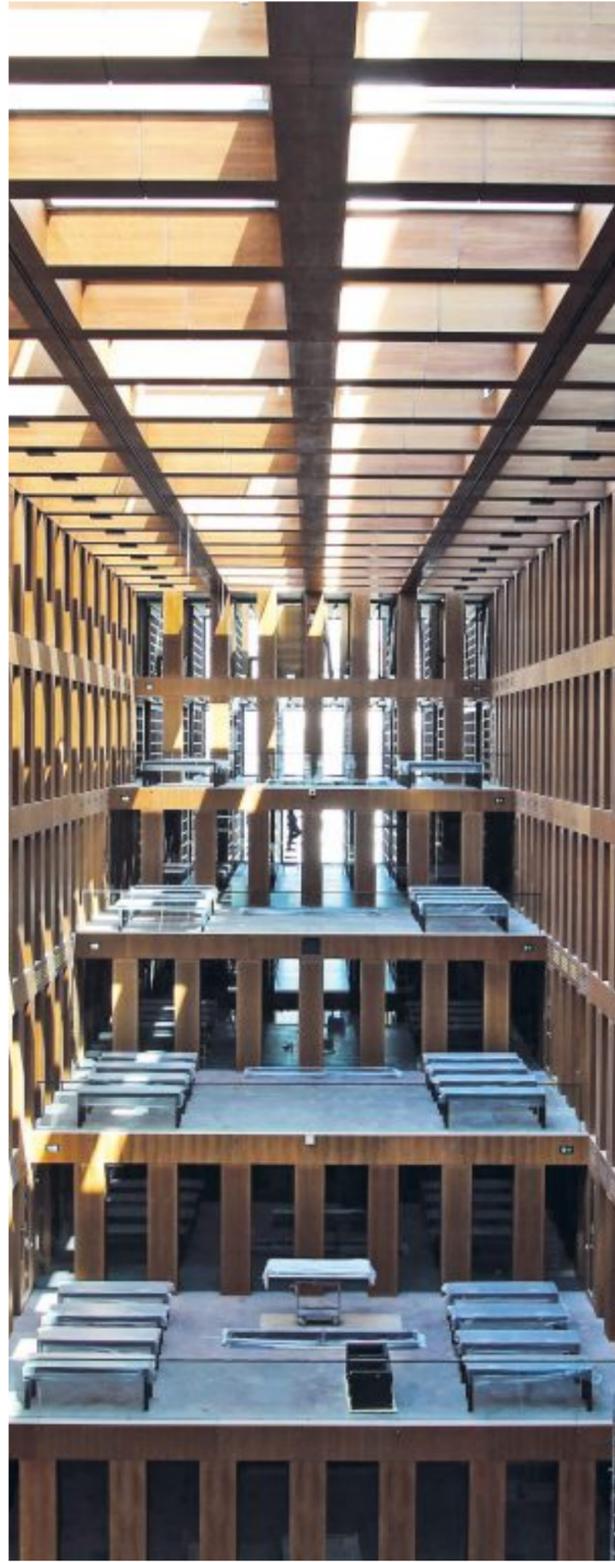


Wissenschaft

Rasche Neugestaltung nach der Wende

Ab 1990 wurden die Karten an den Universitäten und Hochschulen im Osten neu gemischt. Dabei verloren viele DDR-Wissenschaftler ihre Stelle

Von Peter-André Alt



Blick ins Jacob-und-Wilhelm-Grimm-Zentrum der Berliner Humboldt-Universität kurz vor der Eröffnung im Jahr 2009.

Berliner Zeitung, HRK/David Ausserhofer

ÜBER DEN AUTOR



Peter-André Alt ist Literaturwissenschaftler und Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Geboren wurde er 1960 in Berlin. Er studierte an der Freien Universität (FU) Berlin, wo er auch promovierte und sich habilitierte. 1995 wurde er Professor an der Ruhr-Universität Bochum, später in Würzburg. 2005 übernahm er die Professur für Neuere deutsche Literaturwissenschaft an der FU. Er leitete die Dahlem Research School der FU und wurde 2010 zum Präsidenten der FU gewählt. Das Amt hatte er acht Jahre inne. 2018 wurde er HRK-Präsident.

Wende und Wiedervereinigung führten auch zu tiefgreifenden Veränderungen im Bereich der Hochschulen. Bereits wenige Tage nach dem Fall der Mauer stellte die Bonner Regierung Überlegungen zur Umgestaltung des DDR-Wissenschaftssystems an. Im Januar 1990 gründete der bundesdeutsche Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe, die sich mit der zukünftigen Entwicklung der akademischen Institutionen im Osten befassen sollte.

Am 3. Juli 1990 erörterte eine hochrangige Bonner Delegation unter Führung des damaligen Wissenschaftsministers Heinz Riesenhuber mit den Kollegen aus der DDR die daraus resultierenden Zielsetzungen. Am 6. Juli veröffentlichte der Wissenschaftsrat zwölf Empfehlungen zu „Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit“ – ein Papier, das mit DDR-Forschungsminister Frank Terpe abgestimmt war.

In der Vorbemerkung hieß es, dass insbesondere die Modernisierung der Hochschulen geboten sei, um eine weitere Abwanderung junger Menschen in den Westen zu verhindern. Einen Ausbau der Studienplatzkapazitäten auf das Niveau des Westens hielt man für unabdingbar. Studierten in der DDR im Jahr 1989 13 Prozent eines Jahrgangs, so waren es in der Bundesrepublik 23 Prozent. Zum Vergleich: Heute liegt der Anteil der Studierenden eines Jahrgangs bei über 50 Prozent.

Alle Einrichtungen evaluiert

Allein für die Sanierung der maroden Gebäude veranschlagte der Wissenschaftsrat ein jährliches Investitionsvolumen von 700 Millionen DM. Vor dem Neuaufbau sei aber eine genaue Begutachtung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit sämtlicher Institutionen notwendig. Der Einigungsvertrag vom August 1990 legte fest, dass alle öffentlich getragenen Einrichtungen des DDR-Wissenschaftssystems bis zum 31. Dezember 1991 evaluiert werden sollten. Das betraf neben Universitäten, Pädagogischen und Technischen Hochschulen auch die Akademie der Wissenschaften und zahlreiche Forschungszentren. Bis zum Sommer 1991 besuchten mehr als 300 Gutachter über 130 Institute und erstellten Berichte auf 1 700 Seiten.

Die meisten von ihnen kamen aus dem Westen, der Anteil der DDR-Kollegen blieb in den Kommissionen äußerst gering. Ende 1990 war Jena die einzige der ostdeutschen Universitäten, die eine Selbstevaluation nach eigenem Verfahren durchführte. Die Anregung dazu ging auf die „Aktionsgemeinschaft Demokratische Erneuerung der Hochschule“ zurück, die sich in Jena kurz nach dem Mauerfall konstituiert hatte. Alle Professoren wurden aufgefordert, ihren akademischen Werdegang, ihr politisches Engagement und mögliche Kontakte zur Staatssicherheit schriftlich darzustellen und das betreffende Dokument im Dekanat auszuliegen. Die Evaluationskommission gab ihre Empfehlungen erst ab, nachdem die Mitglieder der Fakultät Gelegenheit zur Kommentierung der einzelnen Selbstbeschreibungen hatten – ein transparentes Verfahren, das jedoch anderswo kaum Schule machte.

Ehe sich die akademischen Landschaften neu entwickeln konnten, standen harte Entscheidungen an. Für viele der DDR-Hochschulmitarbeiter endete die Karriere nach der Wiedervereinigung oder kurze Zeit später. 9 000 Beschäftigte zählte 1989 die Technische Universität Dresden zusammen mit der örtlichen Hochschule für Verkehrswesen und der Pädagogischen Hochschule. Bis 1992 wurden 3 000 von ihnen entlassen. An der Universität Leipzig mussten nach der Wende 7 000 der 12 000 Mitarbeiter in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Von den 218 000 Wissenschaftlern der ehemaligen DDR verlor die Hälfte ihre Stelle. Bei den Professoren waren es nach Zahlen der britischen Zeitschrift Nature sogar zwei Drittel. Die meisten von ihnen galten als Vertreter des politischen Establishments, die das Regime stützten und sich auch im ent-

scheidenden Herbst 1989 kaum am landesweiten Protest beteiligten. Viele der älteren Lehrstuhlinhaber und Direktoren wanderten zwangsweise in die Frühpensionierung, wenn sich in ihren Personalakten Indizien für aktive Denunziationen und Bespitzelungen fanden. Die Überprüfung der Einzelbiografien übernahmen zunächst persönlich unbelastete DDR-Wissenschaftler, ab Beginn des Jahres 1992 oblag sie der Gauck-Behörde.

Bei den persönlichen Evaluationen ging man in den einzelnen Institutionen unterschiedlich konsequent zur Sache. Der Grad der Strenge hing stark von den wissenschaftlichen Disziplinen ab. Im Fall der Technik- und Naturwissenschaften verfuhr die Gutachter vielfach großzügiger als in den Sozial- und Geisteswissenschaften, deren Themen anfälliger für ideologische Instrumentalisierung waren. Ob sich hinter systemfreundlichen Veröffentlichungen Opportunismus oder Überzeugung verbargen, ließ sich im Einzelfall schwer prüfen. Generell gab es die Tendenz, Mitarbeiter jenseits des sechzigsten Lebensjahrs in den Vorruhestand zu schicken. Dass darunter auch diejenigen litten, die sich in Opposition zum Regime befanden, liegt auf der Hand. Wer zu alt war, hatte keine große Chance, aktiv am Neuaufbau des akademischen Systems teilzunehmen.

Anders als oft behauptet, wurden bei den Neuberufungen Bewerber aus dem Westen keineswegs generell bevorzugt. Als der damalige Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer Mitte der 90er-Jahre eine Zwischenbilanz für den Wiederaufbau im Bundesland Sachsen vorlegte, sprachen die Befunde eine deutliche Sprache. Von 1 762 Berufungen auf Professuren gingen 1 164 an Kandidaten mit DDR-Herkunft, 559 an Bewerber aus dem Westen oder dem Ausland.

Aber auch hinter diesen realen Zahlen stehen viele enttäuschte Karrierepläne. Den allermeisten DDR-Wissenschaftlern jenseits des 50. Lebensjahres waren die Türen verschlossen. Viele von ihnen hatten dem alten Regime angepasst, aber ohne innere Überzeugung gedient. Für sie gab es im neuen System bestenfalls untergeordnete Positionen und keine Aussicht auf Karriere. Manche wechselten ins Ausland, andere versuchten sich in der Industrie oder als Selbstständige.

Abwicklung der Akademiestruktur

Die Neugestaltung der ehemaligen Ost-Universitäten übernahmen relativ junge Habilitierte und erfahrene Administratoren aus dem Westen. Der Generationsbruch ist ein Grund für die Tatsache, dass sich heute kein Wissenschaftler mit Ostbiografie unter den Präsidenten der 81 öffentlich finanzierten Universitäten unseres Landes findet. Ein wenig anders erscheint die Lage bei den Fachhochschulen, die mittlerweile auch Leitungspersonal mit DDR-Herkunft aufweisen.

In den neu geschaffenen ostdeutschen Bundesländern richtete man ab dem Herbst 1990 Hochschulstrukturkommissionen ein. Ihre Mitglieder stammten in der Regel zu 90 Prozent aus dem Westen, und ihr Auftrag war klar. Sie sollten in möglichst kurzer Zeit für den Aufbau neuer Studiengänge und Verwaltungsapparate sorgen, um einen Studienbetrieb nach bundesrepublikanischem Muster zu ermöglichen. Der Wissenschaftsrat gab ergänzend Empfehlungen zu einzelnen Fachkulturen ab, zur Entwicklung neuer Hochschultypen, zu Lehrerbildung und Medizin. Die tiefsten Schnitte erfolgten in der alten Akademiestruktur, im Bereich der Lehramtsstudiengänge und der Fachhochschulen. Die zu DDR-Zeiten an der Akademie betriebene Grundlagenforschung wurde an Universitäten und eigene Einrichtungen – vielfach Vorläufer heutiger Leibniz-Institute – ausgelagert. Die ideologisch belasteten Pädagogischen Hochschulen mussten schließen, ebenso die meisten Technischen Hochschulen, die sehr eng mit der DDR-Planwirtschaft verzahnt waren. Bemerkenswert ist vor allem das Tempo, in dem man vorging. Inner-

halb kürzester Zeit entstanden Landeshochschulgesetze, die den westlichen Rahmenvorgaben entsprachen. Berufungen erfolgten in großer Schnelligkeit, sodass schon nach wenigen Jahren die Funktionsfähigkeit der Institute wiederhergestellt war. Ebenso zügig ging es mit den Sanierungsvorhaben voran. Zwischen 1990 und 2006 stellte man 7,5 Milliarden Euro für den Hochschulbau in den neuen Ländern bereit.

Wie stehen die 71 Hochschulen im Osten heute da? Zwei von ihnen gehören zur Spitzengruppe: die Berliner Humboldt-Universität und die Technische Universität (TU) Dresden finden sich seit einigen Jahren konstant unter den führenden deutschen Hochschulen. In internationalen Rankings liegt die Humboldt-Universität meist im Feld der weltweit besten 100, mit stetig steigender Tendenz. Eine starke, gemeinsam mit der Freien Universität verantwortete Charité-Universitätsmedizin und die herausragende Reputation in den Bio- und Geisteswissenschaften begründen hier den Erfolg.

Die TU Dresden wiederum punktet mit zwölf Sonderforschungsbereichen, den traditionsreichen Ingenieurwissenschaften und einer nach der Wende neu organisierten Hochschulmedizin. Auf dem Campus arbeitet man mit zahlreichen Partnern der außeruniversitären Forschung, der Wirtschaft und Kultur zusammen. Allein zehn Fraunhofer-Institute sind in Dresden angesiedelt. Die TU Dresden boomt auch deshalb, weil man die Chance genutzt hat, durch moderne Infrastruktur Synergien für die Kooperation mit externen Partnern zu schaffen. Das hohe Renommee spiegelt sich nicht zuletzt in der Internationalität von Lehrenden und Lernenden. 16 Prozent der Studierenden kommen aus dem Ausland – die TU Dresden bezieht ganz programmatisch und sehr erfolgreich Position für ein Hochschulklima des Respekts, der Vielfalt und Offenheit.

Neugründung in Potsdam

Aber auch die Universitäten Leipzig und Jena stehen heute gut da. Leipzig, 1409 gegründet und neben Heidelberg die älteste deutsche Universität, war ein Zentrum der deutschen Aufklärung – Leibniz und Lessing haben hier studiert. Die starke geisteswissenschaftliche Tradition geht auf das 19. Jahrhundert zurück, als Fächer wie die Ägyptologie, die Archäologie und die Altertumskunde blühten. Nach der Wende wurde die Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“ geschlossen und die Lehrerbildung in die Universität überführt. Neben Medizin und Rechtswissenschaft, die große Studierendenzahlen anziehen, macht die biowissenschaftliche Forschung einen Schwerpunkt aus. Mit Halle und Jena betreibt die Universität Leipzig ein Zentrum zur Untersuchung der Biodiversität, das die Artenvielfalt und deren Funktionen in unserem Ökosystem erforscht.

Ähnlich wie die Technische Universität Dresden hat auch die Universität Jena von umfassenden Sanierungsmaßnahmen profitiert, die in den 90er-Jahren mit Mitteln der Industrie und zahlreicher Stiftungen ermöglicht wurde. Heute kann man auf dem Campus die alten Professorenvillen bewundern, deren Anbauten im 18. Jahrhundert als Hörsäle genutzt wurden. Vor acht Jahren renovierte die Stadt das große Haus des Theologen Johann Jakob Griesbach, in dessen Nebentrakt Friedrich Schiller am 26. Mai 1789 vor 500 Neugewirgen – viele mussten im Garten stehen – seine Antrittsvorlesung hielt.

Die Geisteswissenschaften spielen auch heute in Jena eine wichtige Rolle, nicht zuletzt dank der guten Zusammenarbeit mit der Weimarer Klassik-Stiftung, die Fächer wie Literaturwissenschaft, Kunstgeschichte und Geschichte einschließt. Industriekooperationen im Bereich der Optik und Photonik, international ausgewiesene Biowissenschaften, eine renommierte Medizin, Physik und Psychologie runden das Bild ab.

Nicht selten kam es in den östlichen Bundesländern nach der Wende auch zu Hochschulneugründungen. So entstand im Juli 1991 die

Universität Potsdam aus der abgewickelten Pädagogischen Hochschule und der ebenfalls geschlossenen Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft. Neben der juristischen Fakultät und der Lehrerbildung bietet die Universität mittlerweile ein breites Forschungsspektrum, das sie kontinuierlich an Reputation gewinnen lässt.

Stark sind die Geowissenschaften, die mit dem angesehenen Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung zusammenarbeiten. Einen besonderen Profilbereich bildet die Informatik, von Beginn an ein expandierender Bereich. Seine Qualität wurde auch durch die enge Kooperation mit einem gewichtigen Wirtschaftspartner – dem Mäzen Hasso Plattner – gesteigert. Geradezu mustergültig fördert die Universität die lokale Gründerszene, die sich wesentlich aus Initiativen der Studierenden und Nachwuchswissenschaftler speist.

Ähnlich erfolgreiche Neugründungen gab es im Sektor der Fachhochschulen. Standorte wie Neubrandenburg, Magdeburg-Stendal und Stralsund profitierten erheblich vom Aufbau der Fachhochschulen Anfang der 90er-Jahre, der einer Empfehlung des Wissenschaftsrates folgte. An den Platz der alten Betriebshochschulen, die fest zur DDR-Planwirtschaft gehörten, traten moderne Einrichtungen mit klarem Profil in den anwendungsorientierten Wissenschaften.

Ob Elektromobilität, Werkstoffkunde oder Biomaterialien – zahlreiche Fachhochschulen in den neuen Ländern leisten einen gewichtigen Beitrag zur Innovationskraft der regionalen Wirtschaft, qualifizieren deren künftiges Personal und bilden einen entscheidenden Faktor zur nachhaltigen Umgestaltung alter Industriestandorte.

Im Jahr 2019 ist es an der Zeit, eine Reihe von Vorurteilen zu entkräften, die sich um die Hochschulentwicklung in den neuen Ländern ranken. Erstes Vorurteil, gern genährt von westlichen Administratoren und Hochschulmanagern: Alles lief perfekt, geradlinig und fehlerfrei. Das stimmt so nicht. Richtig, ja alternativlos war die konsequente Entfernung persönlich Belasteter aus den Hochschulen. Aber es gab im individuellen Bereich Verwerfungen durch Generationsbenachteiligung und ungleiche Bewertung akademischer Karrieren.

Zweites Vorurteil, die ostdeutsche Variante: Von der Wiederbesetzung der Lehrstühle und Leitungsstrukturen profitierten in den frühen Jahren ausschließlich Bewerber aus dem Westen. Die Zahlen belegen das nicht, in manchen Ländern wie Sachsen offenbaren sie sogar das Gegenteil.

Vorurteil Benachteiligung

Drittes Vorurteil, in Ost und West gleichermaßen gepflegt: Die Hochschulen der neuen Länder sind im Wettbewerb der Spitzenforschung benachteiligt. Auch hier liefern die Statistiken keine Indizien für Ungleichbehandlung. 16 Prozent der seit 2005 in zwei Exzellenzförderrunden ausgeschütteten Mittel flossen in den Osten. Ähnlich hoch ist der Anteil der Gelder, die über die Deutsche Forschungsgemeinschaft an Universitäten der neuen Bundesländer gingen. Die Fördervolumina spiegeln damit die regionalen Proportionen im Hochschulsystem sehr gut wider.

Viertes und letztes Vorurteil: Universitäten in den ostdeutschen Ländern haben Probleme, für Studierende attraktiv zu sein. Auch das trifft nicht zu, jedenfalls nicht mehr. Hochschulstandorte wie Dresden, Halle, Jena, Rostock und Stralsund ziehen im Jahr 2019 junge Menschen an. Ein wesentlicher Grund für ihre Attraktivität sind wachsende Internationalität und gute Infrastruktur.

Wir haben also genügend Indikatoren, um festzustellen: Für die alten Mythen des Ostens und des Westens ist kein Platz mehr. Um an ihre Stelle detaillierte Fakten zu setzen, fehlen uns allerdings gründlichere Analysen. Nach 30 Jahren Einheit hat die Wissenschaft hier noch Bringschulden in eigener Sache.